

Vossische



1704

Zeitung

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zweimal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereint. Täglich: „Unterhaltungsblatt“, Finanz- und Handelsblatt. — Sonntag: Die illustrierte „Vossische“, „Laternen- und Bilderzeitung“. — Mittwoch: „Reise und Wanderung“. — Donnerstag: „Recht und Leben“.

Wöchentlich 1.—Mark, monatlich 4.30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise: non-Zeile 18 Pfennig, non-Zeile 18 Pfennig. Familien-Anzeigen mm-Zeile 18 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag: Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur (im Amt d. Handelsstelle): Carl Tisch, Berlin, Ullstein.
Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentralamt Ullstein, Amt Dönhofs (A7) 3000-3065 für den Fernverkehr Amt Dönhofs 3060-3068. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 606

Bündnis Rom-Madrid?

Spanische Pressediskussion

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“

* Madrid, 1. November

Der „Sol“ beantwortet den Artikel der „Debate“ über die Solidarität der Mittelmeeremächte und stellt fest, daß die „Debate“ die Möglichkeit der interpolitischen Notwendigkeiten in Spanien und Italien überstreift. Wichtigster jedoch ist der Grundpunkt des Artikels, in der Außenpolitik. Zwischen Spanien und Italien beständen „keine Sympathien, und es wären auch Beweise der gegenseitigen Feindschaft zu verzeichnen, aber keinesfalls dürfte man sich beglückwünschen, wenn aus dem gegenwärtigen Bismarckismus der beiden Völkern ein neues Bündnis entstehen würde. Heute liegen die Zeiten vorbei, daß internationale Verträge von einiger Tragweite von den Königen oder Kabinetten geschlossen würden, ohne daß vorher die Zustimmung der Bevölkerung hätte eingeholt würde.

Die Vorlesung der „Debate“, daß Spanien und Italien Militärisch-legendäre Zusammenhänge wüßten, sei zu gewagt. Denn eine solche enge Bindung Spaniens an Italien dürfe Italiens Stellung zu anderen Nationen, die Spaniens Verbunden und Freunde seien, nicht beeinträchtigen. Spanien hätte nicht das entscheidende Gewicht auf der internationalen Bühne sein. In Europa beständen noch keine militärische Kräfte und eine gewisse Politik — gemeint ist natürlich der Faschismus —, die Kräfte hervorbringen könnte. Eine Allianz könnte Spanien in einer gewissen Hinsicht, bei ein Überwältigung hervorbringen könnte, bei den spanischen Interessen würde sehr liegt. Gerade der Versuch der italienischen Schritte in

Tanger, den man mit dem Panzerkrieg nach Agadir vergleichen habe, zeige, daß die Solidarität am Mittelmeer nicht so intensiv sei, um Spanien anrufen zu können, sein Gesicht an Stellen festzusetzen, da mindestens Tangein ein Ort sei, wo die Interessen Spaniens und Italiens entgegenstehen ließen.

Die Verörungen des „Sol“ sind durchaus richtig und verständlich, aber die Herleitung „Debate“ ist besser über die kommenden Dinge in der spanischen Politik informiert, was so mehrfach bewiesen ist. Immerhin trifft es höchstwahrscheinlich zu, daß es sich um absichtlich aufgebaute Tendenzen handelt, um Frankreich wegen seiner Abkehrung der spanischen Tanagerforderungen zu zeigen, daß man in Madrid auch eine andere als französische Politik treiben könnte. Eine spanische Allianz mit Italien, auch etwa mit Österreich und im Zusammenhang mit England, ist, wenn eine Kriegslage einlangt, völlig ausgeschlossen, auch wenn wirklich eine Annäherung an Italien stattfinden könnte. Die spanische Frankreich würde nämlich für Spanien äußerst nachteilig, da die Umkehr in Marokko dann unversäglich wieder ausbrechen würden.

Der Tanagerprinz fährt wieder ab

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“

* Madrid, 1. November

Der Prinz fährt das italienische Geschwader von Tange ab. Der Prinz von Astoria besuchte gestern im Automobil die spanische Tange vor der Tange, um eine bestimmte Stellung beizutreten. Unterricht nahm er die Tange, eine Abklärung der Fremdenlegen ab, die angehtig zulässig vorüberkam.

Rußland in Genf

Am 30. November soll in Genf von neuem die Kommission zur Vorbereitung einer allgemeinen Abrüstungskonferenz zusammentreten. Genau einen Monat vor diesem Datum hat der russische Botschaftsminister für die anstehende Politik dem Generalsekretär des Völkerbundes mitgeteilt, daß Rußland von jetzt an an den Abrüstungsarbeiten in Genf teilzunehmen wünsche. Die ironische Ablehnung, mit der die Kommissionspräsidenten bisher den Genfer Abrüstungsvorbereitungen gegenüberstanden, hat sich noch dazu hart für die Genierung aller an der Abrüstung interessierten Politiker, als daß man auf Grund der Moskauer Anmeldung nun einen rosenroten Optimismus hegen möchte. Ebenjedenfalls aber erwidert es angeht, von vornehmten anzunehmen, daß hier nichts anderes als eine vornehmlich aufgenommene Gegenreaktion von der Seite der Sowjets beabsichtigt ist. Rußlands Teilnahme an der Genfer Weltfriedlichkeitskonferenz zeigt, daß man im Kreise der „kapitalistischen“ Mächte sehr wohl erwünscht verhandeln kann, wenn die Vertreter Sowjetrusslands dabei sind.

Bei den Abrüstungsarbeiten ist aber die Teilnahme Rußlands nicht nur erwünscht und möglich, sondern sogar unbedingtenfalls notwendig, wenn tatsächliche Resultate erzielt werden sollen. Solange die nach Frankreich gezielte Militärpolitik der Sowjets nicht aufgegeben werden kann, können selbst beim besten Willen alle Anstrengungen nicht zum Ziele führen, denn es ist nun einmal nicht zu verlangen, daß die unmittelbaren Nachbarn Rußlands die Waffen fortsetzen, ohne nicht die Sowjets ihre Bereitwilligkeit erklärt haben, sich in irgendeiner Form den internationalen Bestimmungen über die Befriedigung der Rüstungen und darüber hinaus auch etwaigen Vereinbarungen zur Schaffung einer erhöhten Sicherheit vor kriegerischen Veränderungen anzuschließen.

Obwohl diese feste Punkt aber wird die kommende Tagung der Abrüstungskommission in erster Linie beschäftigen; denn die Kommission soll das von der letzten Völkerbundsversammlung beschlossene Sicherheitskomitee statuieren, das nach der Abrüstungsrealisation des Völkerbundes zwar direkt unabhängig, indirekt aber in engster Verbindung mit der Abrüstungskommission durch die Erweiterung und Vernehmung bestehender Garantien, und Aktionsgriffspalte die Sicherheit erhöhen soll, die für die endgültige Abrüstung als notwendig angesehen werden. Eine Zeit in dem Vertragum Interdiktions, des Ausblassens Teilnahme der kommenden Tagung zeigt, eine Stellungnahme zu diesem wichtigen Programm der Abrüstung wird nicht erfolgt; aber wie Rußlands Interesse gerade an der Schaffung der Abrüstungskommission ist, die durch die Abrüstung selbst gegeben werden, braucht eigentlich nicht mehr besonders hervorzuheben zu werden; man braucht hier nur an die jetzt existierenden Vermittlungen um Garantienpatente mit den Rüstungen und Polen zu denken, um sich zu sagen, daß Rußland grundsätzlich im Grunde lieber in dem Sicherheitskomitee als in der Abrüstungskommission selber mitarbeiten wird.

Wenn während der Genfer Weltfriedlichkeitskonferenz haben Rußlands Delegierte einmal das russische Abrüstungsprogramm in kurz umfassen. Wenn jetzt die Vertreter der Sowjets in der Abrüstungskommission die Interaktionen nach Genf kommen und die Interaktionen als Vorhölde der Kommission unterbreiten sollten, so müßte daraus eine Situation entstehen, die eines gewissen Grades komisch sein würde. Denn die Abrüstungskommission würde, wenn sie nicht in der Lage wäre, ein solches Abrüstungsprogramm der Rüstung voranzutreiben, daß, daß es als Gegenstand einer ernsthaften Abrüstungsdebatte hätte und morgen ebenfalls auf die Unterbreitung der bereits abgeleiteten Stellen, bezogen aber auf den militärischen Wert, das würde anderen Mächten zu denken hätte. Denn also auf der einen Seite Rußlands Teilnahme an den Genfer Beratungen eine wesentliche Erleichterung bedeuten würde, weil sie einer Reihe von Mächten vorwärtigen die Behauptung, aber eine Verhinderung ihrer Rüstungen nimmt, so würden alle rußlandforderungen der Rüstung geeignet sein; auf der anderen Seite die Verhandlungen zu sein; denn so lange mit einer Art von Sicherheitsprogramm in bezug auf alle Staaten gedreht werden würde, ließen sich solche Forderungen leichter zu denken, wenn die Verhandlungen zu schaffen, und bewirken daher am Ende das Gegenteil von dem, was sie dienen sollten.

Der größte Fortschritt, der bisher überhaupt auf dem bisherigen Wege der Abrüstung erzielt werden ist, war die bei der letzten Genfer Völkerbundsversammlung erreichte Einigung über die Einberufung der Kommission der Rüstung und Abrüstung, die bis dahin immer wieder einander vorgepostelt worden waren. Aber nun wie Deutschland ein gewisses Interesse an der Vermeidung der Abrüstungskonferenz hat, sollte man entnehmen, man von neuem das Sicherheitsproblem an die erste Stelle gegenüber der Abrüstungsabklärungsrundtendenzen. Ein Propagandabüro vielerlei ganz wirksame ultraliberale Abrüstungsforderungen müssen aber heute und morgen in dieser Richtung wirken. Dazu

Die Internationale der Demokratie

Der Pariser Kongreß

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“

* Paris, 1. November

Der Internationale Kongreß der demokratischen Parteien hat heute seine Arbeiten mit einer umfassenen Erörterung über das Thema der europäischen Völkerbundsverbändlungen abgeschlossen. Namens der deutschen Delegation referierte der Abg. Fischer-König, der für eine wirtschaftliche Verbindung, für einen Abbau der Zollmauern, für langfristige Handelsverträge, für die Befestigung aller finanziellen Subventionen und für die Abschaffung aller zwangsverpflichtenden Einrichtungen eintrat. Fischer erklärte, daß die neue europäische Weltlage nur durch die persönliche Leistung des Einzelunternehmers gefördert werden könne.

Der als englischer Referent vorgesehene Redakteur Dagon hat eine englische Referat eingereicht, der von Sir Robert Davidson übergeben wurde. Auch der englische Vertreter erklärte sich für einen Abbau der Zollmauern, für Erweiterung des Handelsverkehrs und eine Reihe ähnlicher Maßnahmen. Er lebte jedoch die Diskussion eines europäischen Völkerbundes mit der Begründung ab, daß diese Frage in zu weiter Ferne liege, daß man sie heute noch nicht erörtern könne.

In der Diskussion über diese Frage sprach als deutscher Redner nach der Abg. Eitelberg, der als erste Vortragsrede eine Erklärung der öffentlichen Meinung beizubringen. Eine europäische Annäherung löse bei der Abbau der wirtschaftlichen Schranken seien notwendig. Diese Annäherung auf wirtschaftlichem Gebiet werde schon erzwungen durch die internationale Arbeiterbewegung, die durch ihre Organisation und das internationale Arbeitsamt in Genf auf eine Befreiung der Lage der gesamten Arbeiterschaft hinwirke und dadurch die Wirtschaft zugunste, sich international zu verknüpfen.

Eine Reihe von Resolutionsentwürfen wurde dem Geschäftsausdruck mit der Bitte überreicht, sie bei der nächsten Jahresversammlung zur Abstimmung zu bringen.

In den Verhandlungen nahm auch der neu gewählte Präsident der Sozialen Partei Frankreichs, Daladier, teil.

Am Nachmittag fand noch eine längere Diskussion über die Winterarbeiten statt. Am Abend beschloß ein Präsidium den Kongreß, bei dem von deutscher Seite u. a. auch Dr. Haas das Wort erging. Die nächste Sitzung findet im Juli 1928 in London statt. Zu der Pariser Zusammenkunft hatten die demokratischen Parteien folgender Länder Vertreter entsandt: Deutschland, Frankreich, England, Schweden, Dänemark, Norwegen, Polen, Belgien, Holland, Bulgarien und die Tschechoslowakei.

Einigung Schacht-Reinhold

Die Reichsbank wußte von der Reichsanleihe

Bekannt ist die von uns bereits angeführte Behauptung des früheren Reichsfinanzministers Dr. Reinhold mit dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht über die Frage hat, wieviel die Reichsbank für die Auflegung der 600-Millionen-Anleihe des Reiches hinzugezogen und über die Einzelheiten der Anleihe unterrichtet werden. In die Zeitung war behauptet worden, daß Dr. Schacht in seiner Rede vor dem Ausschuss der Reichsanleihe erklärt hatte, er sei von der damaligen Finanzminister Reichsanleihe völlig unberührt worden. Wie wir hören, hat sich bei der Befragung festgestellt, daß die Reichsbank tatsächlich von dem Zweck der Anleihe unterrichtet gewesen ist, wie sie ja dann auch bei der Auflegung der Anleihe die Führung des Anleihe-Rechnostiums übernommen hat. Der Reichsbank war

demnach Verhandlungen zwischen Reichsbank und Reichsfinanzminister wurden in einem Communiqué veröffentlicht und von Dr. Schacht und Dr. Reinhold genehmigt, das alsbald der Öffentlichkeit übergeben werden soll.

Deutsch-rumänische Verhandlungen

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“

* Bukarest, 1. November

Außenminister Titulescu wurde heute amtlich benachrichtigt, daß die deutsche Regierung eine Sonderkommission nach Bukarest entsendet, die mit Rumänien über alle wichtigen beiden während stehenden Fragen verhandeln soll. Die deutsche Kommission habe außerordentlich weitgehende Vollmachten und bringe überdies nach Bukarest konkrete Vorschläge der deutschen Regierung mit.